

ZUM 7. OK- TO- BER



Autonome
Debattenbeiträge



Autonome Debattenbeiträge zum 7. Oktober

Zusammengetragen und gedruckt durch:
alea • *Leipzig, Juli 2024*
alea-le.org

Zum 7.10 **S. 6**

S. 17 Der 7. Oktober
und seine Folgen

Antwort auf den
Debattebeitrag zum
07. Oktober 2023 **S. 33**

Autonome Antifas

Zum 7.10

Leipzig, Oktober 2023

Alle dürften mitbekommen haben, was am vergangenen Wochenende in Israel passiert ist und alle dürften mitbekommen haben, dass dies nicht einfach irgendein Anschlag war. Die Opferzahl kletterte immer weiter nach oben, das Ausmaß des Überfalls der Hamas auf Israel wird erst nach und nach deutlich. Über die grausigen Details kann sich informieren, wer will, sicher jedenfalls ist, dass die Hamas dem Islamischen Staat in nichts nachsteht, wenn es darum geht, ihren Feinden auf möglichst bestialische Weise das Leben zu nehmen.

Es gibt nicht einfach nur Frieden und als Gegenteil davon irgendwie Gewalt, sondern es gibt Abstufungen der Gewalt. Es gibt Gewalt, die nicht nur darauf abzielt, den Gegner oder Feind zu besiegen, und die Gewalt dafür ist eine Notwendigkeit; es gibt eine Gewalt, die überschreitet das „Notwendige“. Sie zielt darauf ab, sich an den Feinden zu vergehen, in ihrer Erniedrigung eigene Befriedigung zu finden. Sie ist ein Zelebrieren der eigenen Macht über die Überwältigten oder Besiegten, und es ist eine Gewalt, die darauf abzielt Angst und Schrecken auszulösen, oder besser gesagt, auch bei denen, die die Gewalt als Außenstehende wahrnehmen, das Gefühl der ins hilflose Entsetzen sich ausbreitenden Ohnmacht auszulösen. Die Hamas übertrug das Morden live im Internet, via TikTok konnte – wer

wollte – zuschauen, wie Menschen entführt und Leichen geschändet wurden und wer wollte konnte, wie es auch geschah, via SocialMedia in Echtzeit seine Unterstützung ausdrücken.

Das taten nicht wenige. Unterstützung kam vor allem von Jenen, die sich den palästinensischen Bestrebungen ganz allgemein verbunden fühlen. Um was für Bestrebungen es sich dabei handelt, das wird dabei im Konkreten immer je nach eigenem Gusto bestimmt. Mal ist es der Kampf der Palästinenser:innen gegen Unterdrückung, gegen das „Apartheidregime“, gegen den US-Imperialismus, gegen die völkerrechtswidrige Besiedlung palästinensischer Gebiete, gegen Kolonialismus. Und das, was dann passiert, so lange es von Palästinenser:innen getan wird und es sich gegen Israel richtet, wird dann zum Ausdruck dessen, was man meint, was dort so passiert. Die Grausamkeit dessen, was die Hamas nun am Wochenende tat, drang bei vielen Unterstützer:innen der in ihrem Sinne dort immer stattfindenden palästinensischen Sache gar nicht mehr bis ins Bewusstsein vor. Es war das, was man denkt, was dort berechtigterweise immer getan wird: Ein Kampf gegen die israelische Vormachtstellung, ein sich heldenhaftes Widersetzen gegen den übermächtigen Oppressor, ein Kampf David gegen Goliath. Und in einem solchen sind eben alle, die

sich wahrhaft dem Fortschritt und der guten Sache verpflichtet fühlen, auf der Seite Davids. Und für all das hat sich die israelische Bevölkerung selbst die Schuld zuzuschreiben. Hinzu kommt für die aktuelle Situation, dass ja sich alle anderen Nationen, die insbesondere im Fokus einer progressiven Kritik stehen, sich auf die Seite Israels stellten und ihre Unterstützung zusicherten, insbesondere der sogenannte Westen, während alle Länder, die unter dem Westen und seinen als wahlweise imperialistischen, kolonialistischen oder sonstwie bezeichneten Bestrebungen leiden eher zurückhaltend reagierten, wie etwa China und Russland. Dieser Umstand dient insoweit als eine Art Beleg dafür, dass mit Israel wohl etwas faul sein müsse und die Hamas damit im Recht. Vielleicht lässt sich noch der eine oder die andere dazu durchringen, dass das mit den Zivilist:innen nicht hätte sein müssen, aber vom Grunde her gibt es Zustimmung und Verständnis, denn schließlich wehrten sich die Menschen dort nur gegen ein ihnen anhaltend angetanes Unrecht.

Neben bürgerlichen und akademischen Linken, die aus vermeintlich antirassistischen oder antikolonialistischen Motiven ihre Unterstützung ausdrückten, sind es auch radikale Linke, die solche Positionen einnehmen. Vor allem kommunistische Gruppen feierten den An-

griff in Echtzeit mit und gaben ihre „From the River to the Sea“ Sprüche zum Besten; auch abseits davon aber kam es zu wenig auch nur empathischen Reaktionen, gerade auch dort, wo sonst die Empathie als ach so wichtig für die eigene Politik in Szene gesetzt wird. Politisch aber hat sich soweit bisher kaum jemand geäußert. Die Gründe dafür liegen wohl auf der Hand: Diejenigen, die es mitbekommen haben, denken wohl ungern an die Zeit zurück, in welcher sich innerhalb der radikalen Linken zum Israel-Palästina-Konflikt die Köpfe heiß geredet wurden und zum Teil auch die Fäuste flogen. Der Konflikt hinterließ damals eine tiefe Spaltung der Bewegung und wurde auch nicht irgendwie „beigelegt“, sondern er ebte einfach mit der Zeit ab und rückte in Anbetracht anderer Themen in den Hintergrund. Es mag so scheinen, als ob aktuell niemand bereit ist, inhaltlich wieder in das Thema einzusteigen, um alte Gräben nicht wieder aufzureißen, und das auch nicht in Anbetracht des stattgefundenen Massakers und der nun darauf folgenden Militäroffensive in den Gazastreifen hinein. Allein aus der Scheu vor dem Konflikt wird sich wohl lieber zurückgehalten, als das offen Partei ergriffen wird, davon dass eine politische Position bezogen wird ganz zu schweigen. Und es gibt auch Gründe dafür: In Deutschland selbst wächst eine starke und agile faschis-

tische Bedrohung heran, der wir als radikale Linke aktuell fast NICHTS entgegen zu setzen haben. Wir müssen zusammenfinden, um uns mit diesem Problem zu konfrontieren. Wir können es uns nicht leisten, uns auseinanderzuidividieren, wir sind eh schon viel zu wenige.

Wir sagen das nicht, um hier zu moderieren oder zu vermitteln. Der Widerspruch in der Bewertung der Ereignisse innerhalb der radikalen Linken wird sich mit anhaltendem Konflikt nicht ignorieren lassen. Die Positionen, um die es gehen wird, sind leider schon klar und sie werden genauso wenig sich vermitteln lassen, wie zu anderen Zeiten, wo darüber „diskutiert“ wurde. Weder das Abschlagen wird niemanden dazu bewegen, seine Position zu verändern, auch die Militäroffensive gegen den Gazastreifen bei Inkaufnahme des Leidens der Bevölkerung nicht. Vielmehr dürfte es so sein, dass sich alle in Anbetracht der aktuellen Ereignisse noch in ihrer jeweiligen Position bestärkt fühlen. In Anbetracht dessen erscheint es uns selbst ganz sinnlos, etwas Inhaltliches zu sagen, aber wir machen es trotzdem und zwar weil wir uns sicher sind, dass es auch in schwierigen Verhältnissen und auch in Anbetracht einem selbst sehr eindeutig scheinenden Ereignissen nötig bleibt, zu diskutieren und sich auseinanderzusetzen.

+/+ Zur Hamas

Es war zu lesen, dass manche die Taten der Hamas, überhaupt die Absichten der Hamas für einen Ausdruck des Antikolonialismus halten; in abgeschwächter Form als Ausdruck des Kampfes von Unterdrückten gegen ihren Unterdrücker. Und man kann überhaupt nicht leugnen, dass dieser Kampf eines Unterdrückten gegen seinen Unterdrücker, oder eben der Kampf eines Besetzten gegen seine Besatzer nicht auch Teil dieses Konfliktes ist. Selbst wenn es ein Leichtes ist, die Hamas ihres eliminatorischen Antisemitismus zu überführen (es steht in ihrer von ihnen selbst formulierten Charta, dass sich der Kampf explizit gegen die Juden richtet), bleibt auch das Element des Kampfes gegen die Besatzung erhalten.

Aber: Nicht die Besetzung der palästinensischen Gebiete und auch nicht die Gründung des Staates Israel hat die Anhänger der Hamas zu Antisemiten gemacht; sie und auch die Strukturen, aus denen sie hervorgingen, waren schon davor Antisemiten und da wo sie es nicht waren, waren sie gegen die einsetzende Liberalisierung der Gesellschaft. Der Antisemitismus und der Hass gegen die Moderne entwickelte sich nicht aufgrund von Besatzung, sondern er besteht als Hass gegen den gesellschaftlichen Wandel, also dem

Inhalt der Besetzung, schon seit viel längerer Zeit und zwar ab dem Zeitpunkt, wo überhaupt die erste Konfrontation mit einem militärisch überlegenen „Westen“ zustande kam. So entwickelte sich etwa unter der Besetzung Ägyptens durch das napoleonische Frankreich zweierlei: Auf der einen Seite eine Feindschaft gegenüber der Besetzung durch die Franzosen. Schließlich hatten diese Familienangehörige ermordet, geplündert und weiteres. Auf der anderen Seite entwickelte sich in der Folge aber auch etwas, was gerade den Marginalisierten und den Minderheiten in Ägypten zum Vorteil gereichte. Schließlich wurde die bisherige Elite entmachtet und ein gesellschaftlicher Wandel in Gang gesetzt, der eine gewisse Liberalisierung in den unterschiedlichsten Bereichen des Lebens mit sich brachte. Die entmachteten Eliten fanden dementsprechend sich auf zweierlei Weise entmachtet: Zum einen waren sie nicht mehr die allein regierende Macht im Staate, zum anderen veränderte die Gesellschaft sich in einer Weise, wie sie es nicht wollten. Ihr Widerwillen richtete sich also nicht nur gegen ihre Entmachtung und die Besetzung, sondern auch gegen die Veränderung der Gesellschaft, die ja explizit auf den Erhalt ihrer eigenen Macht ausgerichtet war. Vergleichbares war ja auch in der jüngsten Vergangenheit in Afghanistan zu beobachten: Erkennbar gab es einen

breiten gesellschaftlichen Widerwillen gegen die amerikanische Besetzung des Landes auch bei denen, die sich nicht mit den politischen Interessen der Taliban identifizieren konnten. Zugleich aber gab es ja einen gesellschaftlichen Wandel, der vielen Menschen etwas ermöglichte, was die Taliban vorher verboten hatten. Ebenso kamen die Inhalte der Ideologie der Taliban nicht als Reaktion auf die Besetzung durch die USA, sondern bestanden schon vorher; das Ziel der Taliban war immer eine Rückkehr zu den alten und traditionellen gesellschaftlichen Bedingungen vor der Besetzung.

Gleiches gilt auch für die Hamas. Die Hamas ging aus dem palästinensischen Ableger der Muslimbruderschaft hervor, die ihren Ursprung unter der britischen Besetzung Ägyptens Anfang des 20. Jahrhunderts hatte. Zentrales Ziel der Muslimbruderschaft war neben der Beeindigung der Besetzung die Errichtung eines islamischen Staates mit der Sharia als Gesetz. Hinter der britische Besetzung allerdings währte man schon damals den Einfluss einer jüdischen Verschwörung: Die Juden wurde verantwortlich gemacht sowohl für die Aufklärung und die damit einhergehende politische Gleichheit aller Menschen in einem Staat, sowie für den Marxismus, also eine angestrebte ökonomische Gleichheit aller Menschen. Beides aber wollte man nicht, die

Menschen wurden und werden von der Muslimbruderschaft weder als gleich angesehen, noch ist eine solche Gleichheit angestrebt. Schon die Muslimbruderschaft in Ägypten führte in den 1930er Jahren antisemitische Proteste gegen Juden in Ägypten durch, und dies ganz ohne eine „Besatzung“ durch die Juden. Ihre Ideologie fasste Hassan Al Banner in den 30er Jahren so zusammen: „Derjenigen Nation, welche die Industrie des Todes perfektioniert und die weiß, wie man edel stirbt, gibt Gott ein stolzes Leben auf dieser Welt und ewige Gunst in dem Leben, das noch kommt. Die Illusion, die uns gedemütigt hatte, besteht in nichts anderem als der Liebe zum weltzugewandten Leben und dem Hass auf den Tod“. Als Ziele wurden die folgenden formuliert: „Gott ist unser Ziel. Der Prophet ist unser Führer. Der Koran ist unsere Verfassung. Der Dschihad ist unser Weg. Der Tod für Gott ist unser nobelster Wunsch“.

Vieles hiervon findet sich auch in der Grundcharta der Hamas wieder, die sich in den 1980er Jahren aus dem palästinensischen Ableger der Muslimbruderschaft entwickelte. So wird etwa die antisemitische Fälschung „Die Protokolle der Weisen von Zion“ als geheimer Plan der Juden für die Weltherrschaft angenommen. Auch der Bezug auf den Tod bleibt der gleiche, bzw. wird noch radikalisiert: So sagte der Ha-

masführer Abdel-Aziz Rantisi Anfang der 2000er in einem Interview: „The Jews will lose because they crave life but a true Muslim loves death,“ („Die Juden werden verlieren, weil sie sich ans Leben klammern, aber ein wahrer Muslim liebt den Tod.“) Auch die Ziele bleiben denen der Muslimbruderschaft verwandt: Der Zielspruch der Muslimbruderschaft findet sich im Wortlaut in der Hamas Charta.

Wir denken, es ist wichtig zu verstehen, dass die Hamas ihren Hass auf die Juden nicht aus der Politik Israels bezieht, sondern aus bereits davor existierenden Strukturen entwickelte, die ihren Hass auf die Juden aus einer Weltsicht ableiten, in denen die Juden zu den Verschwörern hinter der Moderne werden, die das Ziel hat, die Menschen gegeneinander aufzuhetzen und dadurch an die Weltherrschaft zu gelangen. Wer dafür mehr Belege haben will, der lese sich einmal die Charta durch. Es soll hier keinesfalls unterschlagen werden, dass es eine weitere, modernisierte Fassung der Charta aus den 2010er Jahren gibt, in welcher nicht mehr von den Juden, sondern vom Zionismus als Feind gesprochen wird. Das, was zuvor den Juden zugesprochen wurde, ist nun alles dem Zionismus zugeschrieben; hinter der Verschwörung steckt nun dieser und nicht mehr allgemein „die Juden“. Allerdings ist die Struktur die Gleiche, es sind die Zionisten, die hinter

der Weltverschwörung stecken, die dann Marxismus, Aufklärung und dergleichen in die Welt setzen um die Menschen zu beherrschen und darüber hinaus gibt es auch hierzu eine Reihe von Äußerungen, die Zweifel daran aufkommen lassen, ob dies auch so gemeint ist; sicher ist jedenfalls, dass es nichts daran ändert, woraus das Motiv im Kampf gegen Israel abgeleitet wird.

Die Hamas hätte sich nicht im Gazastreifen durchsetzen können, wenn es nicht auch eine gewisse Akzeptanz dafür in Teilen der Bevölkerung in Gaza gegeben hätte. Es ist gut möglich und vielleicht sogar wahrscheinlich, dass diese Unterstützung stärker aus den negativen Auswirkungen des Konflikts mit Israel resultiert, als aus der Überzeugungskraft des ideologischen Unterbaus der Hamas. Doch bleibt es dabei, dass die Hamas vor allem ihr eigenes Anliegen verfolgt: Die Errichtung eines Islamischen Staates mit der Sharia als Grundlage. Sie setzen sich also immer nur insoweit für die Interessen der Bevölkerung ein, sofern diese ein Interesse daran hat, in einem islamische Staat zu leben. Wer jedenfalls davon ausgeht, beides fiele zusammen, der sagt damit auch immer etwas über die palästinensische Bevölkerung aus, was denen nicht sonderlich zu Vorteil gereicht.

+/+ Freedom for Palestine

Es ist bei dieser Parole, die ja weltweit eine starke Unterstützung findet, zu fragen, was jemand damit meint. Wenn wir die oben schon erwähnte Parole „From the River to the Sea“ nehmen, dann ist damit auch das gesamte Gebiet Israels gemeint. Frei ist also Palästina, wenn dieser Staat getilgt ist. Wie aber soll dies vonstattengehen? Eine praktische Variante haben wir nun am vergangenen Wochenende gesehen: Durch bestialisches Morden. Wir denken, dass die meisten, die diese Parole unterstützen, dies gar nicht so meinen. Sie meinen es vielleicht eher auf einer abstrakten Ebene. Gemeint ist dann vielleicht irgendwie damit, dass die Menschen, die in den palästinensischen Gebieten ein unbestreitbar schlechtes Leben führen, ein würdevolles Leben führen können sollen. Und wer sich das wünscht, oder sich dafür einsetzt, dass dies auf einem Weg jenseits von Mord und Totschlag passiert, hat dafür sicherlich gute Gründe. Allerdings kann nichts darüber hinwegtäuschen, dass die Parole im Mindesten arg missverständlich ist, weil sie auf gleiche Weise in dem davor bereits genannten Kontext verwandt wird. Es ist nicht leichterdings möglich, nun im eigenen Sinn die Parole weiterzuverwenden

und dann immer ganz überrascht zu sein, wenn jemand damit assoziiert, dass dies nicht eine Art konsensueller Nachbarschaft bedeuten soll, sondern die Tilgung des Staates Israel und die Errichtung eines neuen Staates Palästina als und dies zusätzlich auf eine Weise, wo jedes und auch wirklich jedes Mittel recht ist. Vor allem jetzt, im aktuellen Kontext, ist es ganz und gar unplausibel, hinzugehen und „Freedom for Palestine“ oder „Free, free, Palestine“ zu skandieren und damit nicht ganz bewusst in Kauf zu nehmen, dass es so wirkt, als beziehe man sich mit seiner Parole unterstützend auf die Aktion der Hamas, zumal sie von Hamas-Unterstützer:innen zum gleichen Zeitpunkt auf diese Weise genutzt wird und auch so verstanden werden soll. Wer hier einfach nur sagt: „Ich ruf das aber immer, um auf die Lage des palästinensischen Volkes hinzuweisen und nehme gar keinen Bezug auf die Hamas“ liefert eine viel zu dünne Erklärung für das eigene Handeln ab, als dass diese Erklärung im Geringsten glaubhaft erscheinen kann.

Jede:r, der sich politisch links verortet und sich mit der Parole „Freedom for Palestine“ identifiziert ist im Mindesten in der Pflicht, sich deutlich von der Hamas abzugrenzen. Da reicht nicht ein nachgeschobener Halbsatz oder ähnliches. Wer auch nur im Ansatz eine Haltung vertritt, dass die Hamas die Interessen

der Befreiung des palästinensischen Volkes vertritt, der kann auch gleich sagen, dass die Taliban die Interessen des afghanischen Volkes vertreten. Denn wenn die palästinensische Bevölkerung ein Interesse daran haben sollte, einen palästinensischen Staat „From the River to the Sea“ zu errichten, in welchem die Sharia gelten soll, dann wäre auch das palästinensische Volk wohl kaum als Ziel linker Solidarität geeignet. Wenn dem nicht so ist, dann ist es vollkommen unplausibel, das Interesse der Hamas mit dem Interesse der palästinensischen Bevölkerung in eins zu setzen. Dann wiederum ist aber gerade der Zeitpunkt, wo die Hamas Israel überfällt und ein regelrechtes Massaker anrichtet, ein falscher Zeitpunkt mit „Freedom for Palestine“ hausieren zu gehen und damit nicht vor allem zu meinen, dass die Hamas entmachtet werden soll. Dass jedenfalls Israel aktuell den Gazasteifen angreift und dabei auch drastische Folgen für die Zivilbevölkerung entstehen, ist die Folge des Angriffs der Hamas und nicht die Folge eines etwaigen israelischen Hasses auf die palästinensische Bevölkerung, auch wenn dieser in Teilen der israelischen Bevölkerung vorhanden sein wird.

+/+ Kindermörder Israel

Im aktuellen Kontext findet sich auch die Position, dass Israel – nachdem die Hamas unzweifelhaft ein Unrecht getan hat – nun selbst ein Unrecht anrichtet, weil es beim Angriff auf die Hamas im Gazastreifen keine Rücksicht auf die Zivilbevölkerung nimmt. Es also eine Art „Ausgleich“ in der Ungerechtigkeit gibt und sich quasi wieder einmal zeigt, dass die einen wie die anderen gegen die Werte der Menschlichkeit verstoßen, mit der Konsequenz, dass zwischen Israel und der Hamas kein wesentlicher Unterschied besteht. Dabei handelt es sich nicht um eine originär linke oder gar linksradikale Position. Es ist dies ja auch die Position, die seitens US-Präsident Joe Biden vertreten wird, wenn er der israelischen Regierung sagt, sie sollten sich an das Völkerrecht halten, oder wenn Israel von verschiedenen Seiten vorgeworfen wird, das Völkerrecht bereits zu brechen. Dass ein solcher Bruch vorliegt, das macht sich aktuell vor allem daran fest, dass die Zivilbevölkerung in Gaza eingeschlossen ist, also keine Möglichkeit zur Flucht hat und dass der Gazastreifen abgeriegelt ist, sich also auch nur schwerlich Hilfsgüter hineinschaffen lassen. Es ist offenkundig, dass die benannten Probleme bestehen. Es wäre aber zumin-

dest zweierlei festzuhalten: Das Ziel dieser

Maßnahmen scheint zumindest nicht zu sein, die Zivilbevölkerung zu bestrafen, sondern gegen die Hamas vorzugehen und deren erneutes Eindringen nach Israel nachhaltig zu verhindern, und: es ist schwerlich möglich, sich vorzustellen, wie denn ein Angriff auf die Hamas im Gaza aussehen sollte, bei dem nicht auch die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen wird. Israel müsste also das Massaker der Hamas und die Entführung von Geiseln passiv hinnehmen, oder entgegen aller aktuellen Ereignisse an den Verhandlungstisch. Es zeigt sich also, dass in dieser Position auch eine gewisse „Tja, Pech gehabt“-Haltung steckt und es wäre dann zumindest ehrlich, diese auch offen zu vertreten und zu begründen. Mit dieser „Pech gehabt“-Haltung hängt auch oft zusammen, dass man der Meinung ist, Israel habe das alles selbst verschuldet, es hätte ihren jetzigen Mörderfeinden vorher nur die Hand reichen brauchen, dann wäre das nicht passiert, oder es hätte den Weg des Friedens einschlagen sollen und nicht den Weg des Krieges oder dergleichen mehr. Wann aber wie und was dann genau hätte gemacht werden sollen, wie so etwas aussehen sollte oder nicht, darüber weiß dann in der Regel niemand etwas zu sagen, oder eben nur mit weiteren Oberflächlichkeiten zu kommen, die sich

dann als „na, halt irgendwie anders als jetzt, halt Zwei-Staaten-Lösung“ zusammenfassen lassen. Warum es falsch ist, auf der einen Seite den Opfern der aktuellen Gewaltakte zu sagen „na, da hätte eure Regierung halt früher mehr auf Frieden setzen müssen“, und auf der anderen Seite Bescheid zu wissen, dass die aktuellen Angriffe nur die Folge der Besatzung sind und zugleich die Zivilbevölkerung in keinem Zusammenhang mit dieser steht, haben wir schon deutlich gemacht. Zu sagen: Das Schlimme ist ja schon passiert, daran kann man nichts mehr machen, jetzt könnte zumindest doch Israel weiteres Schlimmes für die palästinensische Bevölkerung verhindern, ist jedenfalls nicht minder falsch und verflacht den aktuellen Konflikt zu einem „Schippe auf den Kopf gehauen – zurückgehauen“ Konflikt; gegen Schlimmes zu moralisieren kann jedenfalls bisweilen selbst etwas unmoralisches bekommen – politisch ist es in keinem Fall.

+/- Die Freunde Israels

Zuletzt wollen wir noch einen weiteren Punkt ansprechen, der in der Auseinandersetzung des Öfteren auftritt: Die erklärte Freundschaft zum Staate Israel. Damit soll eine besonders innige Verbundenheit ausgedrückt werden, eine Verbun-

denheit, die die Solidarität mit Israel noch übersteigt.

Es ist natürlich so, dass jede:r seine oder ihre Freundschaft mit wem auch immer empfinden kann, so auch die Freundschaft zu Israel. Es bliebe bei dieser Art von Freundschaft zuerst aber einmal zu bemerken, dass dies ja eine ganz einseitige Freundschaftserklärung ist, und wenn eine Freundschaft einseitig ist, dann ist es im Grunde keine Freundschaft; daneben ist eine solche Freundschaftserklärung nahezu inhaltsleer. Freundschaft, so ausgelutscht dieser Begriff überhaupt heute ist, kommt ja auf vielfache Weise zustande, zum Teil sind es Gründe wie der, dass man sich halt lange kennt, oder der, dass man ein gemeinsames Hobby teilt. Gerade das aber soll doch in Bezug auf Israel nicht ausgedrückt werden, sofern es überhaupt darum geht, aus politischen Gründen Partei für Israel und die israelische Politik zu ergreifen und nicht einfach, weil man Israel aus willkürlichen Gründen mag und zum Freund haben will. Der zentrale politische Grund ist doch der: Antisemitismus und das Wissen darum, dass dieser in der Shoah gipfelt, wenn ihm kein Einhalt geboten wird; das Wissen darum, dass niemand ihm Einhalt gebot, bis weite Teile der europäischen Jüd:innen vernichtet worden waren. Und eben heute die Erkenntnis, dass es im Kampf der Hamas gegen Israel eben nicht nur

um die Befreiung von einer beliebigen Besatzung geht, sondern um einen Kampf, der das Ziel hat, die Jüd:innen dieser Welt als den Quell der Probleme dieser Welt umzubringen. Das aber hat mit Freundschaft nichts zu tun. Um dagegen Position zu beziehen und dagegen zu kämpfen, dass dies passiert, muss es gar keine Freundschaft geben.

Es ist ebenso unpolitisch, den Freund, den man da erklärt, dann wie einen wirklichen Freund schadfrei halten zu wollen, ganz nach dem Motto „Auf den lass ich nichts kommen!“ und dann so zu tun, als wäre abgesehen von der Bedrohung durch den Antisemitismus mit dem guten Freund alles in Ordnung. Israel ist der Staat, der als größter Garant der Jüd:innen in dieser Welt existiert, aber er ist darauf doch gar nicht zu reduzieren. Er ist eben daneben auch ein bürgerlicher Staat mit den ganzen dazugehörigen Widersprüchen. Wer nicht bereit ist auch zu diesen in Anbetracht der Drohung durch den Antisemitismus zu stehen, der ist dann auch aus diesem Grunde nur ein halber Freund Israels, weil er ja anscheinend die Freundschaft an die Bedingung der Reinheit des Freundes geknüpft hat, und es dann ganz unklar bleibt, ob jemand weiterhin bereit ist, seine Freundschaft zu erklären, wenn nun zugegeben werden muss, dass der israelische Staat sich etwas hat zuschulden kommen lassen. Wir den-

ken jedenfalls, dass es besser wäre, anstatt sich auf Israel als Freund zu beziehen, explizit Position gegen die Hamas und andere antisemitische Schergen zu beziehen, und diejenigen, die sich diese – sei es offen, sei es insgeheim – zum Freund machen, zu konfrontieren; ferner, bei aller Aussichtslosigkeit in Anbetracht der weltweiten Entwicklungen und der aktuellen Lage in Israel am Kampf für eine freie und gute Welt festzuhalten; wird dies aufgegeben, dann hat der Antisemitismus, dann hat der Faschismus bereits gewonnen. Die Parole des Faschismus lautete schon immer: „Es lebe der Tod“. Und es wurde von Ferdinand Kürnberger festgehalten: „Das Leben lebt nicht.“ Wir aber sagen:

Tod dem Faschismus!
Nieder mit der Hamas und allen antisemitischen Schergen!
Es lebe das Leben!

Basisgruppe Antifa Bremen, Eklat Münster,
Undogmatische Radikale Antifa Dresden,
Antifa nt Münschen, Kritik&Praxis (FFM),
Redical [M] Göttingen, CAT Marburg,
In/Progress Braunschweig

Der 7. Oktober und seine Folgen

Juni 2024

1. Voranmerkung: Wozu dieses Statement?

Als kritische Kommunist:innen, die in der internationalen radikalen Linken aktiv und Teil von Bündnissen und Kampagnen sind, sehen wir die Notwendigkeit, uns zur gegenwärtigen antisemitischen Hochstimmung in der deutschen und globalen Linken zu verhalten. Die innerlinke Antisemitismuskritik, die Anfang des Jahrhunderts noch deutlich präsenter war, scheint verhallt zu sein. Dies wollen wir als Anlass nehmen, diese aktuellen Entwicklungen innerhalb der Linken zu kritisieren und darzulegen, warum wir eine ideologiekritische, antiautoritäre und antinationale Linke für notwendig erachten. Wir erleben zugleich eine vermeintliche Form von Antisemitismusbekämpfung und Israelolidarität durch staatliche Organe und Teile der „Mehrheitsgesellschaft“, die voller Instrumentalisierungen bis hin zu offenem Rassismus sind. Auch dazu möchten wir uns hiermit verhalten.

Es ist uns aber in diesem Statement kein Anliegen, innerhalb der aktuellen Situation einzelne islamistische Strukturen zu untersuchen, militärtaktische Ratschläge zu geben oder eine adäquate Lösung des Konflikts vorzuschlagen. Uns ist bewusst, dass der Raum, in dem sich die gegenwärtige antisemitische Hoch-

stimmung breitmacht, auch eine Reaktion auf die Kriegsführung durch die israelische Armee in Gaza ist. Diese hat zehntausende Menschen, darunter viele Zivilist:innen, das Leben gekostet und große Teile der Region zerstört. Wir trauern um die Toten und sind solidarisch mit der notleidenden Bevölkerung Gazas. Für eine emanzipatorische Linke gilt es auch jene Strukturen zu unterstützen, die in Gaza für eine Perspektive auf ein gutes und selbstbestimmtes Leben und gegen die Schreckensherrschaft der Hamas und reaktionäre Gesellschaftsbilder kämpfen, etwa indem sie sich für ihre Rechte als Arbeiter:innen, als Frauen oder als Queers einsetzen. Ebenso sind uns die Konflikte und Auseinandersetzungen innerhalb Israels, insbesondere mit den rechts-extremen Teilen der Regierung bewusst. Wir möchten dennoch betonen, dass der aktuelle Krieg in Gaza durch das terroristische Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 ausgelöst wurde, bei dem über 1200 Menschen aus antisemitischen Motiven brutal vergewaltigt und ermordet wurden, und bei dem 239 Menschen als Geiseln entführt wurden, von denen viele bis heute festgehalten werden. Mit unserer Kritik möchten wir nicht das Recht auf Trauer und Protest absprechen und auch nicht Leid gegeneinander aufwiegen, sondern auf ein allgemeines

Problem der globalen Linken eingehen.

2. Die Zäsur vom 7. Oktober

Der 7. Oktober 2023 markiert eine Zäsur. Die Ausmaße und Details der Gräueltaten schockieren: Systematische Folter, Verstümmelungen, Entführungen und systematisch eingesetzte sexualisierte Gewalt gegen Frauen. Diese wurden bewusst eingesetzt, um antisemitische Gewalt zu entfalten und Angst vor Vernichtung auszulösen. Die Massaker sollten Jüdinnen:Juden als solche treffen, die Erinnerung an eine Jahrhunderte lange Geschichte der Pogrome und Vernichtungsandrohungen aktivieren und damit auch das Selbstverständnis des Staates Israels, Schutzraum für Jüdinnen:Juden gegen antisemitische Verfolgung zu sein, angreifen.

Die einschneidenden Ereignisse des 7. Oktober wurden in der globalen Linken erstaunlich wenig reflektiert. Stattdessen entzündete sich eine massive Explosion antisemitischer Angriffe. Große Teile der globalen Linken sind dabei tragischerweise Plattform für diesen Antisemitismus und liefern den Treibstoff dafür. So erleben wir bei etlichen Linken Abwehr bis zur Leugnung und klammheimlicher Freude. Andere verharren angesichts des aufbrausenden

Antisemitismus in politischer Lähmung, anstatt dass sie zu einer solidarischen Praxis übergehen. Dies verwundert nicht, enttäuscht aber – ist Antisemitismus doch ein zentrales Moment der gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse und Kritik an diesem daher Grundvoraussetzung für jegliche gesellschaftliche Emanzipationsbestrebung.

3. Eine neue globale Welle des Antisemitismus

Während linke Solidarität mit den Opfern des 7.10. fast komplett ausblieb, fanden noch vor Beginn der militärischen Operationen der IDF meist pro-palästinensische Massendemonstrationen statt, deren Skript eindeutig und bekannt war: Israel ist eine koloniale Besatzungsmacht, die verschwinden sollte; Israel ziele auf die Vernichtung aller Palästinenser:innen ab; Israel sei das Böse, das beseitigt werden soll. Auf den Straßen wurde dabei nicht einfach Solidarität mit den Palästinenser:innen geteilt, sondern zu oft etwas, was in seinem Wesen virulenter Israelhass ist. Es zeigte sich eine Überidentifizierung mit der „palästinensischen Sache“, die in weiten Teilen der globalen Linken als Identitätsbaustein, Erkennungsmerkmal, Ersatzkampf und als kollektives Ritual dient.

Die grausamen Taten der Hamas wurden dabei als Akt der Dekolonisierung, als „Ausbruch aus dem Gefängnis“ oder als „Akt des Widerstandes“ gefeiert und umgedeutet. Mit den lauthalsen Rufen nach „Kontextualisierung“ des 7. Oktobers wird eine Rechtfertigung oder zumindest Relativierung der Gräueltaten eingefordert. Es ist absurd, mit welcher Vehemenz Parolen, Taten und Denkmuster vom Anklang des Antisemitismus freigesprochen werden. Ein großer Teil der weltweiten Linken bemühte sich darum, das Massaker als vielleicht etwas übertriebene Notwehr zu erklären und zu entschuldigen – wenn es nicht gleich als antikolonialer Befreiungsschlag gefeiert wurde.

Auch in Deutschland hatte ein Teil der Linken, von pro-palästinensischen Gruppen und deren „internationalistischen“ Unterstützer:innen, über stalinistische und trotzkistische Organisationen, queere feministische Kreise bis hin zu autonomen Hausbesetzer:innen in Berlin und anderswo kein Problem damit, islamistischen und antisemitischen Terror in Befreiung umzudeuten. Die sonst in linken Kreisen gepredigte Betroffenenzentriertheit scheint es für Israelis, noch dazu für jüdische, nicht zu geben. Kein Zweifel: Die Lebensumstände der knapp 2 Millionen Menschen im Gazastreifen sind durch den Krieg entsetzlich. Bereits vor den jüngsten Kriegs-

handlungen waren Verhältnisse in Gaza extrem prekär. Jedoch gibt es horrende Doppelstandards für die Bemessung der menschenrechtlichen Situation in den palästinensischen Gebieten und andernorts. Auch das Leid der Palästinenser:innen scheint viele Kritiker:innen nur dann zu interessieren, wenn als vermeintliche Täter:innen Jüdinnen:Juden ausgemacht werden können: Sie schweigen besonnen zur Zerschlagung der Gewerkschaften, Ermordung von LGBTIQ*, der Geiselhaft, in die die palästinensische Zivilbevölkerung seitens der Hamas und ihrer Mitstreiter:innen aktuell genommen wird, und zu den menschenunwürdigen Bedingungen, unter denen die arabischen Nachbarstaaten geflüchtete Palästinenser:innen akzeptieren. Sie schweigen zur Grenzfestigung Ägyptens, das keine palästinensischen Geflüchteten aufnehmen will, und zu den außenpolitischen Interessen des Iran, der die Palästinenser:innen zum Spielball seiner Machtinteressen macht. Sie schweigen auch zu den fortwährenden Raketenangriffen der Hamas und Hisbollah auf Israel.

Wenn die Kriegshandlungen der israelischen Armee und das Leiden der Bevölkerung in Gaza durch Linke mit historisch spezifisch konnotierten Begriffen bezeichnet werden, zeigt sich darin häufig eine regelrechte Sehnsucht danach, Jüdinnen:Juden als Täter:innen aus-

machen zu können – auf eine Weise, die sie oft implizit und manchmal explizit den NationalsozialistInnen gleichstellen. Wenn das bei Deutschen auftritt, handelt es sich um eine bekannte Schuldabwehrstrategie. Häufig geht dieser Vorwurf mit der Erzählung einher, Israel bzw. Jüdinnen:Juden würden sich gezielt durch den Verweis auf die Shoah vor jeglicher Kritik immunisieren. Bei beidem muss klar benannt werden, dass hier Muster des sekundären bzw. Schuldabwehr-Antisemitismus deutlich werden. Für viele scheint folgendes zu gelten: Jüdinnen:Juden waren in Vergangenheit höchstens, wenn sie von Rechten angegriffen werden, Opfer – jetzt können sie nur als Täter:innen gedacht werden. Diese Auffassung deckt sich mit der antisemitischen Sichtweise, nach der Jüdinnen:Juden grundsätzlich als überlegen, mächtig und täterhaft imaginiert werden.

4. Zur ideologischen Funktion des Antisemitismus

Antisemitismus funktioniert als eine Welterklärung, die in der Gedanken- und Affektwelt der Antisemit:innen fußt. Komplexe gesellschaftliche Phänomene, Krisen und Ambivalenzen werden in der antisemitischen Logik widerspruchsfrei

aufgehoben. Verschwörungsideologien ermöglichen Antisemit:innen, simple Erklärungsmuster für komplexe und verunsichernde individuelle und strukturelle Phänomene zu finden. In der antisemitischen Logik gilt es, das Bild des „Juden als übermächtige Figur der herrschenden Klasse“ aufrecht zu erhalten und je nach aktueller gesellschaftlicher Krise Jüdinnen:Juden als „Schuldige“ für selbige auszumachen.

Antisemitismus ist aus kritisch-materialistischer Perspektive auch immer als die umfassende soziale Pathologie bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaft und als Produkt von Herrschaftsverhältnissen zu betrachten. Im Antisemitismus bricht die Widersprüchlichkeit bürgerlicher Vergesellschaftung als offener Wahn heraus. Antisemitismus ist dabei auch Moment der unzureichenden oder verdrehten Versuche, die gegebenen Herrschaftsverhältnisse zu begreifen und zu überwinden. Dabei lässt sich Antisemitismus nicht als ein Moment von Herrschaft selbst erklären, ganz nach dem Schema einer direkten Unterdrückung. Antisemitismus hat außerdem immer einen eliminatorischen Fluchtpunkt: Antisemit:innen wollen nicht Jüdinnen:Juden „einfach“ unterdrücken oder abschieben, sondern vernichten. Antisemitische Weltbilder haben die Funktion, dass diejenigen, die sie reproduzieren, sich als Opfer der „übermächtigen

jüdischen Weltherrschaft“ stilisieren können. Das ermöglicht ihnen, sich nicht mit gesellschaftlichen und eigenen Widersprüchlichkeiten auseinandersetzen zu müssen und keine Verantwortung für das eigene (politische) Handeln und Denken zu übernehmen.

Daraus folgt zum einen, dass sich Antisemitismus nicht einfach mit etwas mehr Aufklärung aus der Welt schaffen ließe. Damit geht einher: Antisemitismus lässt sich nicht durch ein bestimmtes Handeln der Jüdinnen:Juden auflösen, sondern nur durch die Überwindung der tiefen gesellschaftlichen Grundlagen des Antisemitismus. Jüdinnen:Juden steht nur die Möglichkeit offen – und sie sind vor die Notwendigkeit gesetzt – die Abwehr der Konsequenzen des Antisemitismus zu organisieren oder seine Folgen hinzunehmen.

Seit der Shoah lässt sich Antisemitismus weniger offen artikulieren. Eine Art und Weise, antisemitisch agieren zu können, ohne offenen Hass auf Jüdinnen:Juden zu artikulieren, besteht darin, den Hass auf Israel als jüdischen Nationalstaat – und als eine Konsequenz aus der Shoah – zu projizieren, der nun für alles Böse verantwortlich ist.

5. Anfälligkeit für Antisemitismus innerhalb der Linken

Eine Anfälligkeit für Formen von Antisemitismus wurzelt auch in spezifischen Merkmalen und ideologischen Momenten einiger linker Strömungen, die wir im folgenden näher analysieren wollen.

5.1 Der autoritäre (Neo-)Leninismus

Einige antisemitische Denkmuster stammen aus einem autoritären (Neo-)Leninismus:

1.) Lenins These des Übergangs vom Konkurrenzkapitalismus zu seinem Begriff von Imperialismus geht einher mit einer verzerrten Auffassung kapitalistischer Herrschaft. Diese wird nicht als eine subjektlose Herrschaft aufgefasst, die zwar durch Akteur:innen reproduziert wird, aber aus dem Prozess fortwährender Kapitalakkumulation besteht und einen „stummen Zwang“ der ökonomischen Verhältnisse entfaltet. Stattdessen erscheint sie als direkte und willkürliche Herrschaft der Monopole und eines „parasitären Finanzkapitals“. Diesem Verständnis wohnen eine Neigung zur Personifizierung von Herrschaft, eine Anfälligkeit für Verschwörungsdenken und eine Fetischisierung des „werk-tätigen Volkes“ inne, die Überschneidungen mit Antisemitismus aufweisen. Zeitweise wurde ein sol-

cher Antisemitismus von der Sowjetunion und ihren Sympathisant:innen aktiv betrieben und ansonsten mindestens heruntergespielt.

2.) Statt einer Analyse der globalen kapitalistischen Verhältnisse, Hierarchisierungen, und kolonialen Kontinuitäten sowie einer Kritik der Form des Nationalstaates, findet eine vereinfachte Aufteilung der Welt in Unterdrückende und Unterdrückte statt. Damit wird die „nationale Befreiung“ – als Befreiung durch den Nationalstaat und als Nationalkollektiv – zum emanzipatorischen Ziel schlechthin gemacht. Diese Auffassung fußt wiederum im unkritisch positiven Bezug zur Nation, den Stalin und viele realsozialistische Projekte nach ihm mit der Vorstellung von „Sozialismus in einem Land“ propagierten. Gleichzeitig werden „unterdrückte Völker“ – auch durch die maoistische Fortbestimmung des Modells – zum stellvertretenden Subjekt der Revolution gemacht: Palästina wurde als das unterdrückte Volk schlechthin aufgefasst und der Kampf „für die Befreiung Palästinas“ zum Symbol und Ersatz aller Befreiungskämpfe. Dabei spielte historisch auch die Außenpolitik der Sowjetunion eine Rolle, die im Kontext des Kalten Krieges den palästinensischen Nationalismus gegen das von den USA unterstützte Israel stärkte.

3.) Ein weiterer Grund für den positiven Bezug auf Volk und Nation

liegt im populistischen Moment: Wessen Ziel primär die Eroberung staatlicher Macht ist, der muss nicht auf kollektive Selbstaufklärung und Emanzipation aller Menschen setzen, sondern will vor allem eine Masse mobilisieren. Wenn der Begriff der Klasse nicht mehr zieht, haben Leninist:innen deshalb oft kein Problem damit, diese Masse als Volk und Nation zu adressieren.

4.) Das Ziel der Machtergreifung führt auch zur Tendenz, falsche Mittel zu rechtfertigen. Das kann dann auch islamistischer Terror sein. Die Konzentration auf den Kampf gegen „Imperialisten“ führt zu Allianzen mit explizit regressiven Kräften wie beispielsweise IslamistInnen.

5.2 Die postmoderne Identitätspolitik

Eine zweite Quelle der Anfälligkeit stammt aus einigen Spielarten eines identitätsfokussierten Aktivismus postmoderner Prägung. Solche Positionen sind in einigen queerfeministischen und antirassistischen Kreisen, aber auch in Teilen der Klimabewegung vertreten. Sie verbinden sich damit mit entscheidenden progressiven Kämpfen der Gegenwart. Hier wirken die Ablehnung einer Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrer Totalität mit einer exklusiven Fokussierung auf Betroffenheitserfahrung, Sprechor-

te und Identitäten zusammen.

1.) Die Unmöglichkeit der Repräsentation der eigenen Leid- und Diskriminierungserfahrung durch Andere wird zum alleinigen Ausgangspunkt der Kritik erklärt. Nur wer von einer Unterdrückungsform betroffen ist, kann die Wahrheit darüber sprechen. Dessen Perspektive ist unmittelbar normativ und es braucht keine weitere Kritik der Verhältnisse und keinen Streit um Begriffe und Analysen. Dabei wird übersehen, dass jede Artikulation einer Erfahrung bereits durch Theorien und Begriffe vermittelt ist und dass gerade in diesen Strömungen häufig schablonenhaftes Denken reproduziert wird. Um die eigene Leid- und Unterdrückungserfahrung zu artikulieren, muss man sich wiederum zu einer bestimmten Identität bekennen und sich als Teil eines Kollektivs verstehen. Die reine Fokussierung auf eigene Identitätskonstruktionen und vermeintliche Fremdzuschreibungen und die damit einhergehende reine Argumentation auf die vermeintliche eigene Betroffenheit(en) verhindert nicht nur eine materialistische Kritik an den Ursprüngen von Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus, sondern auch einen Diskurs, der über den eigenen Erfahrungs- und Emotionshorizont hinaus geht. Auffällig ist wiederum dabei, dass die Erfahrungen von Jüdinnen:Juden mit einer gewissen Konsequenz ausgeblendet

werden. Insbesondere für sich als links verstehende Jüdinnen:Juden war die ausbleibende Solidarität, das Schweigen zu den Massakern der Hamas bis hin zu offenen Ausschlüssen aus queeren und anti-rassistischen Räumen ein Moment der Entsolidarisierung vermeintlich Verbündeter.

2.) Statt einer Kritik der herrschaftsgeladenen, gesellschaftlichen Vermittlung einer in sich widersprüchlichen Totalität, die sich über Antagonismen konstituiert und Zwangskollektive hervorbringt, wird sich an „Strukturen“ abgearbeitet, die vermeintlich authentische Identitäten überlagern würden. Dem entspricht oft ein machtanalytischer Ansatz, in dem die Konsequenz zur Ursache gemacht wird: Gewiss führt die gegebene Vergesellschaftung dazu, dass Gruppen aufgrund ihrer unterschiedlichen gesellschaftlichen Verortung über mehr Macht und damit verbundene Privilegien verfügen. Ausgeblendet werden aber sowohl die Verhältnisse, die Ursache dieses Machtgefälles sind, als auch die Tatsache, dass die grundlegende Form von Herrschaft eben die der Verhältnisse selbst ist. Dies führt auch zur falschen Annahme, dass Herrschaft bloß als binäres und lineares Machtverhältnis zu verstehen sei, als direkte Unterdrückung einer Gruppe durch eine andere mächtigere Gruppe und ausschließlich als binärer Kampf der Unterdrückten

gegen das genau identifizierbare Unterdrückende.

Daraus folgt eine klare Aufteilung der Welt in Unterdrückte und Unterdrücker, ähnlich wie im (Neo-)Leninismus. Anstelle einer Analyse von (Neo-)Kolonialismus, Imperialismus und Hierarchisierungen auf dem Weltmarkt tritt eine schlichte Einteilung in den bösen Globalen Norden und den guten, weil unterdrückten, Globalen Süden. Widersprüche und Konflikte innerhalb der Länder und Regionen des Globalen Südens finden wenig Berücksichtigung. Antisemitismus wird oft komplett ausgeklammert, jüdische Menschen gelten, solange sie helle Haut haben, schlichtweg als Weiße, und damit als Profiteur:innen des Rassismus. Damit wird zum einen geleugnet, dass alle Jüdinnen:Juden ebenfalls als „Andere“ rassifiziert werden. Zum anderen übersieht es die geographisch diversen Ursprünge des Judentums und die Tatsache, dass viele Jüdinnen:Juden zugleich zusätzlich auch von Rassismen betroffen sein können. Antisemitismus kann gerade deshalb nicht begriffen werden, da es sich nicht als lineare Unterdrückung auffassen lässt, sondern Folge der in sich widersprüchlich vermittelten Herrschaftsverhältnisse und der Unfähigkeit, diese zu begreifen, ist.

Wenn nun von Rassismus Betroffene äußern, dass das Massaker der Hamas ein antikolonialer Be-

freiungsschlag war, dann muss und darf das nach dieser postmodernen Identitätspolitischen Logik nicht hinterfragt werden. Dass aus feministischer und antisemitismuskritischer Sicht die Opfer des Massakers Solidarität und Empathie verdienen würden, wird ausgeklammert, weil sie Israelis sind und Israel in dieser binären Logik nur als weißer, kolonialer Staat und Teil des Globalen Nordens betrachtet wird. Mit dieser linearen Auffassung von Unterdrückung geht wiederum ein positiver Bezug auf die Zwangskollektive einher, die diese Herrschaftsverhältnisse hervorbringen, es kommt damit auch zur Affirmation regressiver Ideologien und Gruppierungen, wenn diese von Subalternen getragen werden.

3.) Unterdrückungsformen werden dabei als formal analog aufgefasst und bestehen nebeneinander – eine Gruppe mit Macht unterdrückt eine Gruppe ohne Macht. Damit bleibt das jeweilig spezifische unterbelichtet, was insbesondere im Fall von Antisemitismus auffällig ist. Andererseits wird ihr reales und differenziertes Zusammenwirken innerhalb der gegebenen Herrschaftsverhältnisse nicht begriffen. Der Versuch, irgendwie Rechenschaft dafür zu tragen, vollzieht sich dann häufig als eine Aneinanderreihung innerhalb von Solidaritätsbekundungen: Jede Kundgebung muss alle weiteren Unterdrückungsformen erwähnen.

Wenn aber alle Unterdrückungsformen analog sind, liegt es nahe, nach einem Grundmodell und einer alles zusammenfassenden Unterdrückungsform zu suchen: Dazu wird gerne (ohne realen Grund) die „palästinensische Sache“ gemacht. In der „Solidarität mit Palästina“ wird jede andere Solidarität mitvertreten: Jede Kundgebung muss also eine „free Palestine“ Kundgebung sein.

4.) Gerade weil die Kritik der realen Verhältnisse verpasst wird, vollzieht sich Aktivismus dabei oft als Bekundung der eigenen guten Gesinnung, als Bekenntnis der Zugehörigkeit zur Gruppe der Guten und als selbstreferentieller Gestus der vermeintlichen Auflehnung und Radikalität. Reflexion und Kritik werden durch Mobilisierung ersetzt, die hauptsächlich eine Identität verschaffen soll. Diese Form vermeintlicher Solidarität mit Palästina hat kaum etwas mit einem realen Interesse an der Lage von Palästinenser:innen zu tun. Sie wird allzu oft Identitätsfaktor, Wiederkennungsmerkmal, Ersatzkampf, Marker der eigenen Radikalität, wird zum kollektiven Ritual und wird auch als solches abgerufen. Diese Selbstmobilisierung kann antisemitisch verstärkt werden. Als sich als emanzipatorisch verstehende Kommunist:innen wissen wir, dass die Befreiung der Gesellschaft nur mit der Befreiung des Subjekts einhergeht, das bedeutet aber auch, dass es nicht

„gut“ oder „böse“ gibt, sondern wir Widersprüche und Ambivalenzen in der Welt um uns herum und in uns aushalten müssen. Es bedeutet auch ernstzunehmen, dass in allen Schichten der Bevölkerung, inklusive der Linken, Ideologien entstehen, also falsche Vorstellungen über die Welt. Ideologien entspringen den Strukturen, die die Menschen vorfinden und festigen diese wiederum. Ideologiekritik, inklusive einer Kritik des Nationalismus und des Antisemitismus muss deshalb Bestandteil emanzipatorischer Praxis sein.

6. Leerstelle Islamismus

Wo Ideologiekritik höchstens nebensächlich ist, entsteht auch innerhalb der Linken bisweilen die Bereitschaft, die Hamas als irgendwie „objektiv emanzipatorisch“ zu betrachten. Das hat auch mit der Leerstelle Islamismus innerhalb linker Kritik zu tun. Als islamistische Organisation strebt die Hamas die Vernichtung aller Jüdinnen:Juden und die Errichtung eines Gottesstaats an. Ihr religiöser Fundamentalismus geht auch mit einem extrem patriarchalen Geschlechterbild und der Unterdrückung von Frauen und Queers einher. Sie schert sich nicht um das Leben, auch nicht um das von Palästinenser:innen,

von denen sie die Bereitschaft zum Selbstopfer verlangt – und diese in deren Missbrauch als menschliche Schutzschilder bereits voraussetzt. Ihr Programm steht damit jeglichem Streben nach menschlicher Emanzipation fundamental entgegen.

Der Islamismus ist, ähnlich wie Faschismus und Rechtspopulismus, eine moderne Krisenreaktion. Anstatt die Zerwürfnisse des Kapitalismus zu analysieren und diese Verhältnisse aufzuheben, wird Halt und Heil in imaginierten Gemeinschaften wie Volk, Nation oder eben Umma (der Gemeinschaft der gläubigen Muslim:innen) gesucht, einhergehend mit Abschottung bis Vernichtung gegen alles, was dort jeweils nicht hinein gehört – oder sich nicht unterordnet. Wie auch der Faschismus versucht der Islamismus mit mörderischer Konsequenz sein politisches Programm und seine Vorstellung von Gesellschaft durchzusetzen. Deshalb müssen für den Islamismus auch politische und religiöse Macht in einer Hand liegen. Seine Attraktivität resultiert vielleicht deshalb auch genau daraus: Nicht nur zu quatschen, sondern mit selbstmörderischem Einsatz alles daran zu setzen, den Vorstellungen der höheren Macht zu entsprechen. Damit stellt der Islamismus in vielen Weltregionen einen Hauptfeind linker emanzipatorischer Bestrebungen dar. Daher sollten wir als Kommunist:innen das Problem Is-

lamismus weder abtun, noch mit den Nationalist:innen in ein Horn stoßen, indem sie „den Islam“ zum Feind erklären.

7. Keine falschen Einseitigkeiten

Um nach der vorhergegangenen Kritik an Formen des „Pro-Palästina“-Aktivismus weitere Teile der Linken eines deutlich zu machen: Es versteht sich von selbst, dass auch mit einigen abgedrifteten Antideutschen kein Stich zu machen ist, die die gesamte Bevölkerung von Gaza entmenschlichen, denen die Lage und die Zukunft der Palästinenser:innen egal sind, die nicht die eigene Tragik und spezifische Kritikwürdigkeit der militärischen Handlungen der israelischen Armee erkennen, sondern

in Kriegsbegeisterung ausbrechen. Die kein Problem damit haben, dass zehntausende Zivilist:innen getötet wurden, Millionen Menschen ihre Wohnungen verloren haben und fliehen mussten, dass ein Großteil der Gebäude und Infrastruktur in Gaza zerstört wurden. Die keine Kritik für die rechte israelische Regierung und die eigenen Machtinteressen Netanyahus übrig haben. Der Begriff der Antideutschen wird zwar in innerlinken Debatten inflationär und oft falsch benutzt, um jegliche Antisemitismuskritik abzuwehren.

In der realen Strömung der Antideutschen finden sich bisweilen aber einige kritikwürdige Positionen, die oftmals mit antimuslimischem Rassismus einhergehen und sich weit jeder vernünftigen Ideologiekritik entfernt haben. Um der Komplexität der aktuellen Situation gerecht zu werden, müssen auch solche Auswüchse kritisiert werden. Das bedeutet auch, das Leid der Bevölkerung von Gaza anzuerkennen, auf das wir mit großer Sorge schauen. Zehntausende Menschen wurden im Zuge der Operationen des israelischen Militärs getötet. Auch wenn ein gewisser Teil davon Kombattanten der Hamas und anderer Organisationen sind ist die Zahl an zivilen Toten enorm. Die humanitäre Lage ist aufgrund der Versorgungsknappheit, der durch die Zerstörung von Gebäuden und Zwangsevakuierungen erzeugte Wohnungslosigkeit und der medizinischen Krise katastrophal. Hunderttausende Menschen mussten ihre Wohnungen verlassen, während so gut wie kein Bereich in Gaza sicher genannt werden kann. Wer anführt, die Hamas und ihre Ideologie ließen sich durch Beschwichtigung nicht besiegen, steht trotzdem vor der Frage ob die aktuelle Kriegsführung dazu geeignet ist.

Es ist schwierig, genaue Zahlen zu benennen. Zum einen weil der Krieg täglich weiter geht und neue Opfer fordert, weshalb eine Nennung der

Zahlen schon schnell wieder nicht aktuell wäre. Zum anderen aber auch, weil die verfügbaren Zahlen von der Hamas stammen und schwer überprüfbar sind.

Eine emanzipatorische Kritik blickt wiederum mit großer Sorge auf die Entwicklungen in der israelischen Politik. Die rechtsextremen Teile der Regierung verfolgen auch eine explizit anti-arabisch-rassistische Politik, die das Sicherheitsbedürfnis der israelischen Bevölkerung instrumentalisiert und Eskalationen hervorruft. Auch das Leben der noch in Gaza festgehaltenen Geiseln setzt diese Politik mit ihrer Kriegsführung aufs Spiel. Netanyahus Politik ist häufig von einem Handeln zugunsten seiner eigenen Machterhaltungsinteressen bestimmt, wofür er mit den Rechtsextremen und den gewalttätigen Teilen der Siedler:innen in der Westbank paktiert. All dies wird immer wieder innerhalb der israelischen Gesellschaft thematisiert, wie etwa die Proteste der Angehörigen der Geiseln zeigen, die eben auch Austragungsorte der Kritik an ihrer Regierung sind.

8. Zur Kritik der staatlichen Antisemitismusbekämpfung

Unsere Kritik gilt auch Aspekten der Antisemitismusbekämpfung

und Israelsolidarität durch staatliche Organe und Teile der Mehrheitsgesellschaft, die mitunter voller Instrumentalisierungen bis hin zu offenem Rassismus sind. Antisemitismuskritik wird zur Zeit häufig nicht zur realen Bekämpfung von Antisemitismus abgerufen, sondern stellt selbst ein kollektives Ritual der geläuterten Deutschen und als Selbstvergewisserung bürgerlich-liberaler Ideologie dar. Dabei lassen sich mehrere problematische Aspekte beobachten. Nicht alle Bemühungen gegen Antisemitismus fallen unter diese Kritik. Dies zu behaupten, würde sämtliche Reflexionen von NS-Vergangenheit und ihren Kontinuitäten, die dieser Gesellschaft maßgeblich von Jüdinnen*Juden und Linken abverlangt wurden, vom Tisch wischen.

1.) Die Reaktionen von deutscher Mehrheitsgesellschaft und Staatsapparaten belaufen sich auf öffentlichkeitswirksam inszenierte Gegnerschaft zum Antisemitismus – ihr bleibt weiterhin das Schicksal lebendiger Jüdinnen:Juden gleichgültig. Das zeigen nicht nur die enorm gestiegenen Zahlen antisemitischer Gewalt der letzten Monate. Der selbsternannte Aufarbeitungsweltmeister weiß, dass es tunlichst auf Distanz zur allzu offenen Judenfeindschaft zu gehen gilt, ohne aber einen genaueren Begriff des Antisemitismus zu haben. Das resultiert in Symbolpolitik, deren Folgenlosig-

keit für die Bekämpfung von Antisemitismus mit ihrer tatsächlichen Brisanz in anderen Bereichen korrespondiert. Am Beispiel der Verbote vermeintlicher bzw. tatsächlicher antisemitischer Demos lässt sich gut nachzeichnen, wie wenig es diese Mobilmachungen schwächt und welcher hoher Preis, nämlich die Außerkraftsetzung der von diesem Staat so hochgehaltenen Grundrechte, dafür in Kauf genommen wird. Dieser Umgang weiß gegen Antisemitismus wenig auszurichten, wohl aber dient er dazu, staatliche Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Das derartige Repression niemals gegen rechte Antisemit:innen ins Feld gebracht wird, ist ebenso eine unschöne Binsenweisheit wie der Umstand, dass es hierbei überwiegend migrantisierte Menschen sind, die von solchen Maßnahmen betroffen sind. Rassistische Polizeigewalt und Racial Profiling ist beispielsweise seit dem 7. Oktober angestiegen.

Rassistische Ressentiments und Praktiken manifestieren sich nicht erst seit dem Massaker der Hamas, dieses wird aber als Begründung dazu genutzt, insbesondere muslimische oder als muslimisch gelesene Menschen in Geiselhaft für die Gräueltaten der Hamas zu nehmen, was häufig auch Kinder und Jugendliche im Schulunterricht trifft. In diesem Kontext geschehen zudem Asylrechtsverschärfungen, die Ver-

stärkung der Abschiebep Praxis und die Einschränkung von Grundrechten. Antisemitismusbekämpfung wird von staatlicher Seite dazu genutzt, rassistische Praktiken zu manifestieren. Einem Ausspielen von Antisemitismus und Rassismus gegeneinander stellen wir uns klar entgegen.

2.) Zum Teil wird diese Form von (vermeintlicher) Antisemitismusbekämpfung als Entlastungs- und Externalisierungsstrategie durchgeführt. Die proklamierte Gegnerschaft zum Antisemitismus wird vollends bigott angesichts des Versuchs seiner Auslagerung als migrantisches Importprodukt. Ohne Frage: es gibt spezifische Formen des Antisemitismus. Es ist eine falsch verstandene Form antirassistischer Vorsicht, diese nicht zu benennen. Die Externalisierung des Antisemitismus ist jedoch ein Ausdruck deutscher Schuldabwehr. Sie dient dann vor allem dem Zweck, nicht mehr den Antisemitismus der eigenen (Ur-)Großeltern, sein Nachwirken in der deutschen Nachfolgengesellschaft und das antisemitische Potential bürgerlicher Verhältnisse zu behandeln. Der doppelt perfide Kniff ist, dass das durch die selbsttestierte Läuterung zu moralischen Höhenflügen berufene Deutschland zusätzlich nicht selten noch seine rassistischen Bedürfnisse auslebt und dabei vor allem muslimische Menschen als die eigentlichen Übel-

täter:innen zeichnet. Sinnbildlich für die rassistischen Doppelstandards bzgl. Antisemitismus ist z.B. die andere Behandlung des bayerischen „Menschenfreunds“ Hubert Aiwanger, dessen Flugblatffäre ihn sogar als gestärkter Politiker hervorgehen ließ. Jedoch trifft auch genau dieser Schuldabwehrantisemitismus auf deutsche nicht-migrantische und nicht-jüdische Linke zu, die sich als „moralisch überlegen“ und „gute Antifaschist:innen“ begreifen; sich dabei die Involviertheiten der eigenen Familie in die NS-Verbrechen und eigene Täter:innenpotenziale einzugestehen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen, ist ein schmerzhafter Lern- und Reflexionsprozess.

3.) Wenn sich die bürgerliche Mitte als Chef-Kritikerin des Antisemitismus inszeniert, geht es um mehr als das bloße Bedürfnis, schlussendlich auf der moralisch korrekten, guten Seite angekommen zu sein. Zum einen wird der bürgerliche Staat und die bürgerliche Mitte von Antisemitismus freigesprochen und Antisemitismus extremismustheoretisch zu einem Problem der „Extremen“ gemacht. So wird im gleichen Zug die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft und ihre politische Form als wichtige Quelle von Antisemitismus verdrängt. Stattdessen wird recht plump gegen Linke vorgegangen und auf der eingeübten Klaviatur des antimuslimischen Rassismus

gehämmert, in der muslimische Menschen als rückständig und un-aufgeklärt, tendenziell gewalttätig und zu radikalen Ansichten neigend gezeichnet werden.

Noch perfider ist der Versuch, ein Doppelpaket zwischen Antisemitismusbekämpfung und der gegenwärtigen rassistischen Abschiebe- und Abschottungspolitik und der sie begleitenden rassistischen Töne im öffentlichen Diskurs zu etablieren. Ganze Communities und Kieze werden kriminalisiert und einige reale Bedrohungssituationen für Jüdinnen:Juden für autoritäre Law and Order Politik genutzt. Das wird insbesondere an (vermeintlichen) Palästinenser:innen durchexerziert: Eine vorgebliche Kritik des Antisemitismus wird hier vorgeschoben, um gegen alle Palästinenser:innen zu pauschalisieren – welche es wiederum oftmals als Staatenlose besonders schwer unter dem Zugriff deutscher Migrationsbehörden haben. Antisemitismus und Rassismus sind in ihrer Funktionsweise unterschiedlich, haben aber konkrete (gewaltförmige) Auswirkungen auf die Lebensrealitäten von Betroffenen. Antisemitismus und Rassismus, wie aktuell häufig passiert, gegeneinander auszuspielen oder eine Hierarchisierung des Leidens der Betroffenen aufzumachen, steht jeglicher solidarischen Praxis und materialistischen Kritik entgegen. Zusammenfassend: Zu oft wird Antisemitis-

musbekämpfung für eine politische und diskursive Agenda instrumentalisiert. Das geläuterte Deutschland hat die nationalsozialistische Vergangenheit bewältigt, fühlt sich als Aufarbeitungsweltmeister. Jetzt kann man sich dem Antisemitismus der anderen widmen. Deshalb kann man jetzt getrost als Deutsche auch wieder wer sein in der Welt. Deshalb ist man als bürgerlicher Staat die Spitze der Zivilisation. Eine antinationale Staatskritik muss auch und gerade diesen nationalen Konsens in Deutschland und die Normalität bürgerlicher Verhältnisse angreifen.

9. Abschluss

Gegen die antisemitische Entmenschlichung von Jüdinnen:Juden wie auch gegen die rassistische Entmenschlichung von Palästinenser:innen und den falschen Widerspruch des Kampfs gegen Antisemitismus und gegen Rassismus treten wir ein für eine Linke mit dem Ziel universeller Befreiung. Für uns wäre das ein Zustand, in dem man ohne Angst verschieden sein kann. Wir plädieren also für eine ideologiekritische, antinationale und antiautoritäre Linke. Wir müssen als Linke und Kommunist:innen ernstnehmen, dass sich in dieser Gesellschaft in allen Teilen der Bevölkerung, auch innerhalb der Linken, autoritäre Ideologien herausbilden,

die Emanzipation entgegenstehen. Diese zu kritisieren und eine Praxis zu entwickeln, in der diese Ideologien sich auflösen können, durch die Perspektive einer vernünftig eingerichteten Gesellschaft, in der alle gut leben können, einem antiautoritären Kommunismus, muss Aufgabe einer radikalen Linken sein.

Dabei gilt es auch, Antisemitismus in seiner Besonderheit anzuerkennen als Ideologie, die auf Vernichtung von Jüdinnen:Juden zielt – gerade weil Antisemitismus oft unerkannt bleibt und sich gerne antikapitalistisch und rebellisch gibt. Das Ziel bleibt die Aufhebung von Kapitalverwertung und Nationalstaaten in einer kommunistischen Weltgesellschaft, die keine menschenfeindlichen Ideologien wie Antisemitismus mehr hervorbringt und die eine Assoziation von Menschen auf freier und bewusster Basis, sowie von Zwangssubjektivierungen befreite Identitätsbestimmungen, ermöglicht.

In diesem Sinne: Wir bleiben unveröhnlich.

Für eine antinationale, ideologiekritische und antiautoritäre Linke!

Gegen jeden Antisemitismus, für den Kommunismus.

Verfasst von:

Basisgruppe Antifaschismus
Bremen, Eklat_MS, URA-Dresden,
Antifa_nt München, Kritik&Praxis_FFM,
Redical [M] Göttingen, CAT Marburg, In/
Progress Braunschweig

Wir freuen uns auf konstruktive Fragen, Anmerkungen und Debattebeiträge. Schreibt uns eine Mail an: info.antisemitismustext@systemli.org

Ein paar Autonome aus Leipzig

Antwort auf den
Debattebeitrag zum
07. Oktober 2023

Leipzig, Juni 2024

Unter dem Titel „Der 7. Oktober und seine Folgen“ veröffentlichte Anfang Juni ein Zusammenschluss verschiedener antifaschistischer Gruppen einen Text, der sich kritisch mit linker Palästina-Solidarität und der „bürgerliche Mitte“, die sich „als Chef-Kritikerin des Antisemitismus inszeniert“, auseinandersetzt. Der Grund, dass sich die Verfasser:innen des Textes die Mühe einer solchen kritische Auseinandersetzung zu machen ist der, dass man ein Ziel vor Augen hat und dieses Ziel ist und „[...] bleibt die Aufhebung von Kapitalverwertung und Nationalstaaten in einer kommunistischen Weltgesellschaft, die keine menschenfeindlichen Ideologien wie Antisemitismus mehr hervorbringt und die eine Assoziation von Menschen auf freier und bewusster Basis, sowie von Zwangssubjektivierungen befreite Identitätsbestimmungen, ermöglicht.“ Antisemitismus demgegenüber ist „ein zentrales Moment der gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse und Kritik an diesem daher Grundvoraussetzung für jegliche gesellschaftliche Emanzipationsbestrebung.“ Oder kurz: die kommunistische Weltgemeinschaft kann nicht erreichen werden, so lange der Antisemitismus uns im Weg steht.

Das klingt ja mal nach was. Schließlich wagen auch wir es zwischendurch, noch von einer Welt zu träumen, in der „man ohne Angst

verschieden sein kann“ und die generelle Stoßrichtung des Textes teilen wir. Aber gerade deshalb ist es uns wichtig, nicht allzu schnell „ja und Amen“ zu sagen, sondern uns genau anzuschauen, was denn hier im Text alles gesagt wird. Denn um eine freie Gesellschaft zu erreichen, muss wohl noch ein ganz schönes Stück Weg zurückgelegt werden. Wenn wir sie erreichen wollen, irgendwann in der Zukunft, dann dürfen wir keine Mühen scheuen, auch wenn und gerade wenn das bedeutet, sich in manchen scheinbaren Spitzfindigkeiten zu verlieren. Aber so viel kann gesagt werden: zwischen all dem Zeug, was seit dem 7. Oktober 2023 in die Welt gepustet wurde und wird, war der Text schon fast eine Art Lichtblick.

1. Leben und Tod

Wenn man nicht davon ausgehen würde, dass das Leben nur einmal verloren werden kann, dann wäre wohl das Meiste völlig egal, und wer den Tod nicht fürchtet, dem bedeutet auch das Leben nichts. Das mag selbstverständlich sein, aber wenn wir uns ansehen, wie viel vermeidbares Sterben es gibt, drängt sich der Eindruck auf: so richtig verbreitet ist diese Ansicht nicht. Zumindest aber in der radikalen Linken, so scheint es: das Leben zählt was – und deswegen soll auch sein Ende

vermieden werden, wenn es geht. Das ist ja im Grunde die letzte Utopie: dass der Tod nicht mehr ist, wo er unerwünscht ist und dass, wenn er nicht da ist, das Leben ist. Der gegenwärtige Zustand aber ist davon geprägt, dass es eher der allgemeine Sachzwang der kapitalistischen Welt ist, der das Sterben vermeiden heißt, zumindest so lange, wie es dieser falschen Welt zuträglich ist und es ist ebenso ein Zeichen dieser falschen Welt, dass dies nicht immer und zwangsläufig so ist, sondern sogar andersherum: das Sterben kann seinen Sinn darin haben, das System am Leben zu erhalten.

Warum aber sollten wir überhaupt das Leben lieben und behüten? Warum sollte uns das Sterben, so lange es nicht unser eigenes ist, überhaupt interessieren? Und wieso denn eigentlich noch das eigene? Kann einem nicht auch das eigene Leben egal sein? Jammervoll genug ist es doch schon und Besserung schließlich kaum in Sicht.

Tatsächlich ist es ja so, dass in der gegenwärtigen Gesellschaft das Leben eines einzelnen Menschen für sich genommen nichts wert ist, vor allem nicht in seiner singulären Ausprägung und überhaupt in seiner jeweiligen Singularität; der Mensch hat einen Wert im Sinne seiner Quantität, im dem Sinn, wie er eben für das System, in dem wir leben, irgendeinen Nutzen hat. Störend ist es nur, wenn etwas Nützliches ka-

putt geht. Da sich aber in Hinblick auf seine Quantität jede:r ersetzen lässt, ist das für diese Welt kein Problem. Wie wir vielleicht schon einmal irgendwo gelesen haben: das Sein bestimmt das Bewusstsein – in unserem Bewusstsein schlägt sich nieder, dass wir unbedeutend und gleichgültig in Hinblick auf unsere Existenz sind. Wir alle haben keinen wesentlich anderen Bezug zum Leben als den, welcher uns von dieser Gesellschaft vermittelt wird und vielleicht noch Resten eines Überlebensinstinkts, der uns an unsere Verwandtschaft mit den Tieren erinnert.

Die Gesellschaft aber, in der wir Leben, ist die Gesellschaft der Menschen und es macht das Irrationale an dem gegenwärtigen Zustand der Welt aus, dass wir mit all unserer Arbeitskraft als Menschheit eine gesellschaftliche Ordnung am Leben erhalten, in der wir als einzelne Menschen keine Bedeutung besitzen und das über die tausende von Jahren es nicht gelungen ist, eine Welt zu schaffen, in der das anders ist. Der Ansatz überhaupt, dass es anders sein soll, der ist noch eine recht junge Entwicklung in der Menschheitsgeschichte; zugleich hat mit dem Aufkommen der Idee einer solchen Gesellschaft, in der der Einzelne mehr ist als eine Summe nützlicher Eigenschaften, sich das Ausmaß der Bedeutungslosigkeit des einzelnen Menschen potenziert.

Diesen Zustand zu beenden, hat als Ziel sich der Kommunismus gesetzt und er ist damit gescheitert wie die bürgerliche Gesellschaft, die ihn hervorbrachte. Trotz ihres eigenen Scheiterns aber hat sich die bürgerliche Gesellschaft erhalten und hält irrationalerweise an dem Glauben fest, überhaupt gar nicht gescheitert zu sein. Und um sich dieses Glaubens ständig zu vergewissern, muss sie vor allem immer und immer wieder eine Sache tun: den Wert des einzelnen Lebens behaupten, wenn sie zugleich anhaltend demonstriert, dass dies in der bestehenden Gesellschaft eine Lüge ist.

Wenn wir diese Gesellschaft irgendwann überwinden wollen, dann müssen wir Kritik üben an den Illusionen, welche die Gesellschaft sich über sich selber macht und welche sich in der Folgein unserem Bewusstsein niederschlagen, und diese eine, dass das Leben aktuell mehr als nur einen Scheiß wert ist, gehört dazu. Und wenn jetzt eine:r denkt: „Na Moment, ich fühl doch aber, dass mein Leben mir etwas wert ist“, dann ist dieser Wert wesentlich vermittelt dadurch, dass man in dieser Welt irgendeinen Wert beigemessen bekommen hat und dieser Wert ist ein gesellschaftlicher und keiner des Lebens selbst. Und es gibt auf der Welt immer mehr Menschen, die einen solchen Wert nicht beigemessen bekommen und die dann eben das Bewusstsein darüber

entwickeln, dass ihr Leben nichts wert ist und diese Menschen achten und lieben das Leben nicht mehr, sondern sie sind bereit, es auszulöschen. Und dies ist die Gefahr, die sich derzeit überall zusammenzieht. Die Illusion des wertvollen Lebens schwindet, aber dies ist nicht gut, weil diese Illusion nicht ausgelöscht werden soll, sondern aufgehoben, dh. gerade durch die Kritik an der Abwesenheit des Werts des Lebens soll ja ein Zustand sich entfalten, in welchem dieser Umstand negiert ist: das Ziel ist eine Welt, in der nicht ein quantifizierbarer Wert den Wert des Lebens ausmacht.

Im Text „Der 7. Oktober und seine Folgen“ wird aber eine Kritik am falschen Wert des Lebens überhaupt nicht geübt. Stattdessen wird sich bemüht, die Illusion des wertvollen Lebens aufrechtzuhalten, um mit dem dazugehörigen falschen Bewusstsein, zugleich die eigene einfühlbare, also besonders wertvolle menschliche Qualität behaupten zu können: „Wir trauern um die Toten und sind solidarisch mit der notleidenden Bevölkerung Gazas.“, „Die Lebensumstände der knapp 2 Millionen Menschen im Gazastreifen sind durch den Krieg entsetzlich. Bereits vor den jüngsten Kriegshandlungen waren Verhältnisse in Gaza extrem prekär.“, „Für eine emanzipatorische Linke gilt es auch jene Strukturen zu unterstützen, die in Gaza für eine Perspektive auf

ein gutes und selbstbestimmtes Leben und gegen die Schreckensherrschaft der Hamas und reaktionäre Gesellschaftsbilder kämpfen, etwa indem sie sich für ihre Rechte als Arbeiter:innen, als Frauen oder als Queers einsetzen.“, „Das bedeutet auch, das Leid der Bevölkerung von Gaza anzuerkennen, auf das wir mit großer Sorge schauen. Zehntausende Menschen wurden im Zuge der Operationen des israelischen Militärs getötet. Auch wenn ein gewisser Teil davon Kombattanten der Hamas und anderer Organisationen sind ist die Zahl an zivilen Toten enorm.“, „Die humanitäre Lage ist aufgrund der Versorgungsknappheit, der durch die Zerstörung von Gebäuden und Zwangsevakuierungen erzeugte Wohnungslosigkeit und der medizinischen Krise katastrophal.“

Das alles ist kein Mitgefühl, sondern die unreflektierte Abwesenheit davon; präsentiert im gleichen Jargon, mit dem sich das Bürgertum seit jeher zu adeln versucht hat: „Mitgefühl“, „Sorge“, „Trauer“, „wertvolles Leben“, „Empathie für die „notleidende Bevölkerung“, die „katastrophale humanitäre Lage“, die „entsetzliche[n] Lebensumstände“.

Man behauptet bloß, man fühle mit denen mit, die wie alle in einer Welt leben, die kein Mitleid kennt und zum anderen von niemandem welches erfahren. Das ist aber kaum mehr als der – wie stets – durch-

schaubare Versuch, das zur Schau gestellte Mitgefühl für die eigenen Interessen zu nutzen. Das Interesse hier ist leicht erkennbar: es geht darum, sich vor dem Vorwurf zu schützen, man würde sich einer Einseitigkeit in der Beurteilung des Konflikts schuldig machen. Das schlechte Gewissen, das einen beschleicht, wenn man in einem Konflikt, in dem man zwei Seiten ausmacht, sich auf eine der Seiten schlägt, weil man so der anderen unrecht tut, verleitet dazu, so zu tun, als sei man auf keiner Seite; das zur Schau gestellte Mitgefühl, die angeblich verspürte Trauer, soll den Wind nehmen aus den Segeln derer, die sich im Angriff auf die formulierte Kritik als Vertreter der kritisierten Seite verstehen. Wer Mitgefühl mit denen, die im Elend verrecken, aber nur behauptet, der tut ihnen gleich ein zweites Mal Unrecht an. Nicht aber am grauenvollen Ableben inmitten von Trümmern und zerfetzten Leibern ist die Klage zu erheben, sondern am Betrug ums Leben; an der Herzenskälte derer, die noch die Toten quantifizieren, um die Dimension des eigenen Mitgefühls zu demonstrieren, oder am ahnungslosen Herausgreifen einzelner Schicksale durch jene, die die Dreistigkeit besitzen zu behaupten, sie wüssten etwas dazu zu sagen. In Beidem zeigt sich gerade die Distanz zum Geschehen: Im vorgeblichen Trauern über die Toten als Summe aus Leichen wie im Bekla-

gen des Todes eines entleerten Individuums. Gleichgültigkeit jedenfalls besteht darüber, ob die Beklagten selber Schlichter waren, sie bejubelten oder welche werden wollten. Sie verschwinden in der Menge: In der Summe belanglos geworden, ist ihr Tod traurig.

2. Das Gewicht von oben drückt auf alles

Es ist seit je her so gewesen, dass der Kampf um Macht durch Einseitigkeit der Kontrahenten geprägt war. Kenntnis vom Feind ist immer nur insoweit notwendig, wie es dienlich ist für den Sieg. Erst mit der Aufklärung kommt der Gedanke vom Ende des Kampfes um die Macht. Nicht der Stärkere soll siegen, sondern das Argument: Nicht ein Herrscher soll den Zwang ausüben, sondern die Sache. Nicht, weil etwas dem Einzelnen dienlich ist, soll es werden, sondern, weil es der Gesellschaft und somit allen dient. War dies auch von Beginn an Illusion, hat sich der Zauber des Gedankens erhalten: Nicht der eigene Wunsch nach Macht soll hinter den Argumenten stehen, vielmehr soll die Interessenlosigkeit an der individuellen Absicht durch Abwägen und eine differenzierte Betrachtung sich belegen lassen. Das hat sich Verdichtet in der Perspektive, die Wahrheit läge immer in der Mitte, Unwahres

aber gäbe sich dadurch zu erkennen, dass es bloß eine einseitige Perspektive berücksichtige. Das zeigt sich auch darin, dass das Extreme der bürgerlichen Gesellschaft seit je her als gefährlich gilt. Um diese Gefahr zu bannen, wird sich von der vermeintlichen Mitte aus bemüht, den Sachgehalt der Extreme zu integrieren, und zwar in dem Maße, wie es nötig ist, um diese zu entwaffnen. Die Entwaffnung, das Absichern der eigenen Macht, aber ist gegenüber der Verwirklichung der Sache das eigentliche Ziel.

Es ist dieses Denken, das dem Bewusstsein in der bürgerlichen Gesellschaft seine Form gibt und es findet sich noch gleichermaßen in den Positionen derer, die von der Mitte her als Extremisten verschrien werden. Nie würde sich jemand freiwillig diesen Schuh anziehen; vielmehr sind alle zu jederzeit überzeugt, sich selbst in der wahren Mitte, dem Zentrum der Verwirklichung des Sachzwangs, zu befinden. Alle suchen stets nach Belegen dafür, gerade nicht zum Rand zu gehören. Der Rassist wehrt den Vorwurf, er sei einer, damit ab, dass er mit Ausländern befreundet sei, der Antisemit damit, dass er einen Juden kennt, der seine Position teilt. Dabei ist ein solcher Gewährsmann selten von Nöten: es reicht, sich durch eine vermeintlich differenzierte Perspektive als rational zu präsentieren. Der Weg nach oben wird gebahnt

dadurch, dass man die verschiedenen Seiten in ihrer Problematik darzustellen weiß. Indem gesagt wird, dass an allem irgendwie etwas dran ist, wird ausgedrückt, an nichts sei etwas dran. Keine Sache kann ihr ausschließliches Recht behaupten: wahres Recht kann nur der haben, der alles seiner extremen Gestalt entkleidet und den vermeintlich rationalen Kern an der jeweiligen Seite hervorzuheben weiß.

Um eine solche Differenziertheit bemüht sich auch der Text „Der 7. Oktober und seine Folgen“. Man bedient die Position, dass man nicht auf der Seite der Macht sei, sondern auf der Seite des Fortschritts, auch in Gaza: „Für eine emanzipatorische Linke gilt es auch jene Strukturen zu unterstützen, die in Gaza für eine Perspektive auf ein gutes und selbstbestimmtes Leben und gegen die Schreckensherrschaft der Hamas und reaktionäre Gesellschaftsbilder kämpfen, etwa indem sie sich für ihre Rechte als Arbeiter:innen, als Frauen oder als Queers einsetzen“. Man macht deutlich, dass man auch einen kritischen Blick auf Israel hat: „Ebenso sind uns die Konflikte und Auseinandersetzungen innerhalb Israels, insbesondere mit den rechtsextremen Teilen der Regierung bewusst“. Man bezieht Position gegen die israelische Regierung: „Netanyahus Politik ist häufig von einem Handeln zugunsten seiner eigenen Machterhaltungsinteressen be-

stimmt, wofür er mit den Rechtsextremen und den gewalttätigen Teilen der Siedler:innen in der Westbank paktiert. All dies wird immer wieder innerhalb der israelischen Gesellschaft thematisiert, wie etwa die Proteste der Angehörigen der Geiseln zeigen, die eben auch Austragungsorte der Kritik an ihrer Regierung sind“. Man weiß den Vorwurf von sich, ein schlechter Antideutscher zu sein: „Um nach der vorhergegangenen Kritik an Formen des „Pro-Palästina“-Aktivismus weiter Teile der Linken eines deutlich zu machen: Es versteht sich von selbst, dass auch mit einigen abgedrifteten Antideutschen kein Stich zu machen ist, die die gesamte Bevölkerung von Gaza entmenschlichen, denen die Lage und die Zukunft der Palästinenser:innen egal sind, die nicht die eigene Tragik und spezifische Kritikwürdigkeit der militärischen Handlungen der israelischen Armee erkennen, sondern in Kriegsbegeisterung ausbrechen“. Demgegenüber gehört man nicht zu denen, die „[...] kein Problem damit haben, dass zehntausende Zivilist:innen getötet wurden, Millionen Menschen ihre Wohnungen verloren haben und fliehen mussten, dass ein Großteil der Gebäude und Infrastruktur in Gaza zerstört wurden. Die keine Kritik für die rechte israelische Regierung und die eigenen Machtinteressen Netanyahus übrig haben. Der Begriff der Antideutschen wird zwar

in innerlinken Debatten inflationär und oft falsch benutzt, um jegliche Antisemitismuskritik abzuwehren. In der realen Strömung der Antideutschen finden sich bisweilen aber einige kritikwürdige Positionen, die oftmals mit antimuslimischem Rassismus einhergehen und sich weit jeder vernünftigen Ideologiekritik entfremdet haben“. „Solche Auswüchse“ müssen kritisiert werden, um „der Komplexität der aktuellen Situation gerecht zu werden“.

Solch Dualismus aber ist schlechte Dialektik. Man will der Komplexität gerecht werden, verliert sich aber in Phrasen, über deren Inhalt ohnehin schon allgemeine Einigkeit besteht. Am Ende bei einem „auf der einen Seite müssen wir den Rassismus kritisieren, auf der anderen den Antisemitismus“ herauszukommen ist nicht komplex, sondern platt, und platt muss es werden, damit man sich darüber stellen kann. Eine kritische Position gibt aber nicht einfach allen ein bisschen recht, um selbst im Recht zu sein, sondern entfaltet sich kritisch an der jeweiligen Position und zwar in dem diese nicht nach ihren moralischen Implikationen hin untersucht wird, sondern ihrem eigenen Gehalt nach. Moralische Verwerflichkeit zu beklagen ist Ausdruck des vopolitischen Bewusstseins und ist für die Emanzipation nicht dienlich. Statt „falsche Einseitigkeiten“ zu monieren, um dann in einer „richtigen“ Vielseitig-

keit zu landen, wäre die Kritik an der vermeintlich einseitigen Sache zu üben, gerade um ihr durch die Kritik ihrer Falschheit erst zu überführen und ihr so zu ihrem Recht zu verhelfen.

3. Steinwürfe im Glashaus

Ein Feind der Wahrheit ist, wer die Wahrheit über sich selbst nicht wissen will. Das Falsche, so scheint es dann, verwirklicht sich, weil die Dummen und Schlechten das falsche Verhältnis zur Wahrheit eingenommen haben, wohingegen man selbst sich bereits im Licht der Erkenntnis sonnen kann. Wer sich in der Wahrheit befindet, der darf sich aufs Verkünden verlegen, die Eintrittskarte auf das Sonnendeck ist das bejahende Nicken derjenigen, die noch draußen stehen.

Aber Wahrheit ist weder fest noch sicher; sie eignet sich nicht zur Verkündung. Nicht entfaltet ist jedes Wissen nur das Wiederholen eines toten Gedankens, ohne Kenntnis über dessen lebendigen Gehalt. Solches Wissen wird zur Schablone, durch die die Wirklichkeit gepresst wird, um sie in einer konsumierbaren Form aufnehmen zu können. Wer aber glaubt, ohne den Zeitkern jeder Wahrheit auszukommen, ist der Beliebigkeit aller Meinung ausgesetzt: die eine ist nicht besser

oder schlechter als die andere. Nicht Einsicht bedingt in diesem Fall die Zustimmung und das vermeintliche Wissen ändert sich mit dem Wechsel der Meinung.

Dies gilt auch für eine Kritik des Antisemitismus. Die beiläufige Auflistung unter dem Punkt „Zur ideologischen Funktion des Antisemitismus“ trägt dementsprechend wenig dazu bei, den Antisemitismus als „Welterklärung, die in der Gedanken- und Affektwelt“ fußt zu begründen, zudem völlig offen bleibt, welche „Welterklärung“ nicht mindestens einen Fuß in der „Gedanken- und Affektwelt“ stehen hat; Welterklärungen, die jedenfalls jeden Zusammenhang zur „Gedanken- und Affektwelt“ verloren haben, dürfen jedenfalls dem Wortsinne nach unmenschlich sein. Zwar mag es gewissermaßen stimmen, dass „Komplexe gesellschaftliche Phänomene, Krisen und Ambivalenzen [...] in der antisemitischen Logik widerspruchsfrei aufgehoben“ werden, aber nur bedingt: Mehr als „komplex gegen einfach“ steht hier doch das Ziel, Abstraktes in Konkretes zu überführen. Im Antisemitismus begegnet einem ja gar nicht bloß sture Einfachheit, sondern vielmehr ein in sich selbst komplexes Weltbild, das zwar immer wieder auf den einen Kern zurückstößt: den Juden. Die in diesem Kontext angebrachten Pseudonachweise seiner angeblichen Fähigkeiten und die Er-

läuterung der dunklen Wege seiner Machtausübung aber entziehen sich ganz regelmäßig einer leichten Zugänglichkeit. Gerade da, wo offene Judenfeindschaft tabuisiert ist, werden die Gedankenwelten, in denen undurchschaubare gesellschaftliche Verhältnisse in eine abstrakte Gestalt verdichtet werden komplex ausgestaltet, damit dann mit dieser abstrakten Gestalt, als vermeintlich wahres Konkretes hinter der Fassade des Individuellen, die Verschiedenheit der Menschen überdeckt werden kann. Der Verweis auf den Versuch, den konkreten gesellschaftlichen Wahn in einem abstrakten Bild zu verdichten, um dann im Konkreten Ansätze des Handelns gegen den Wahn zu erlangen, deutet höchstens auf das Motiv, nicht aber auf die Form des Gedankens.

Viel zu wenig wird sich zudem mit der Bedeutung der öffentlichen gesellschaftliche Wende gerade in Deutschland gegen den Antisemitismus befasst. So wird hinter der öffentlichen Kritik am Antisemitismus keine Interesse an der „realen Bekämpfung von Antisemitismus“ vermutet, sondern vielmehr die Verwirklichung eines kollektiven Rituals „der geläuterten Deutschen“ zwecks „Selbstvergewisserung bürgerlich-liberaler Ideologie“. Diese Analyse traf den Geist der Zeit den von der 2005 von der Bertelsmann AG ins Leben gerufenen „Du bist Deutschland“ Kampagne, die dar-

auf abzielte, das immer noch rampo- nierte Bild Deutschlands internati- onal aufzupolieren, welche dann 2006 unter dem Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“ in der Fußballwelt- meisterschaft gipfelte. Ohne dies zu benennen, wittern die Autor:innen des Textes hinter der nicht-„realen Bekämpfung von Antisemitismus“ einfach die gleiche Absicht, ohne aber überhaupt die gegenwärtige internationale Lage Deutschlands zu berücksichtigen. Die Frage, die sich aber aufdrängt ist ja die: wem gegenüber soll sich denn mit einer Bekämpfung des Antisemitismus aktuell positiv dargestellt werden? Es gibt ja gar keine besondere Kri- tik mehr am deutschen Antisemi- tismus, ob unaufgearbeitet oder nicht. Im Gegenteil, international wird Deutschland diese Haltung so- gar vorgeworfen und es wird sogar moniert, dass Deutschland hier zu sehr einem Schuldkomplex verfal- len würde, anstatt – wie alle ande- ren außer vielleicht Teile der USA – unvoreingenommen die Falschheit des Handelns der israelischen Re- gierung zu kritisieren. Deutschland kann als „Aufarbeitungsweltmeis- ter“ gar nicht glänzen, weil dies eine Meisterschaft ist, die nicht statt- findet. Ein wesentliches Interesse daran, wie die deutsche Positionie- rung aktuell zum Antisemitismus und dem Gazakrieg ausfällt, hat vor allem Israel und die Juden und Jüdinnen in Deutschland und sonst

nahezu niemand. Will man aber den Kampf gegen Antisemitismus als „kollektives Ritual der geläuterten Deutschen“ zur „Selbstvergewisse- rung bürgerlich-liberaler Ideologie“ begreifbar machen, so müsste man dieses ja wesentlich auf den Aspekt der Selbstvergewisserung bezie- hen. Dies wäre auch ein wichtiger und interessanter Aspekt, um eine wirkliche Erklärung aber wird sich herumgedrückt. Stattdessen wird ein wiederum ganz schlichtes Bild gezeichnet: Aktuell will der deut- sche Michel nämlich nicht die Ju- den, sondern die Muslime totschat- teln. Da er sich aber dabei moralisch schlecht vorkommt, nimmt er den Antisemitismus als Begründung, um seinen Rassismus ungehemmt ausleben zu können: „Der doppelt perfide Kniff ist, dass das durch die selbstattestierende Läuterung zu moralischen Höhenflügen berufene Deutschland zusätzlich nicht selten noch seine rassistischen Bedürfni- se auslebt und dabei vor allem mus- limische Menschen als die eigentli- chen Übeltäter:innen zeichnet“ und noch „perfider ist der Versuch, ein Doppelpaket zwischen Antisemitis- musbekämpfung und der gegenwärtigen rassistischen Abschiebe- und Abschottungspolitik und der sie begleitenden rassistischen Töne im öffentlichen Diskurs zu etablieren“. Der Deutsche ist ganz offensicht- lich vor allem eines: Perfide, und perfide verfolgt er seine Interessen,

zum Beispiel die „Externalisierung des Antisemitismus“ zwecks „deutscher Schuldabwehr“. Hier finden wir in eine Text, der sich kritisch gerade mit dem Umgang der deutschen Linken mit dem 7. Oktober befassen will, das Argument, das sich gerade unreflektiert in linken Kreisen verbreitet hat und das als Parole auf den Gazakrieg bezogen wurde: „Free Palestine from German Guilt“. Wenn man aber schon der Meinung ist, aktuell wäre das „Bedürfnis“ ein rassistisches, dessen Befriedigung sich durch den vermeintlichen Kampf gegen Antisemitismus erwirken ließe, so wäre doch zumindest die Frage zu stellen, woher denn dieser aktuelle Interessenwechsel kommt.

Die Kritik der deutschen Mehrheitsgesellschaft am Antisemitismus ist den Verfasser:innen des Textes nach doppelt motiviert: zum einen aus der deutschen Schuldabwehr, zum anderen durch den eigenen Rassismus. Wir können also erneut feststellen, was bereits zuvor festgehalten wurde: was die Antideutschen früher festgestellt haben – die deutsche Schuldabwehr – da ist was dran, aber an der Position, die gerade in linksradikalen Kreisen besonders angesagt ist, dass es eben der Schuldkomplex ist, der die Deutschen nicht Partei ergreifen lässt für Palästina, daran auch, zudem zeigt sich in der fehlenden Solidarität für Palästina der deutsche Rassismus.

Alle haben also irgendwie recht. Ein solches Herangehen wird aber dem Gegenstand, um den es gehen soll, nicht gerecht. Die Thematisierung der „Ideologie des Antisemitismus“ bleibt oberflächlich, der Begriff wird nicht entfaltet, sondern ganz äußerlich an den aktuellen Konflikt herangetragen. Der erhobene Vorwurf an den „Aufarbeitungsweltmeister“, keinen „genaueren Begriff des Antisemitismus zu haben“, trifft einen selbst. Gerade aber wenn einem schon aufgeht, dass an allem irgendwie etwas dran ist, sollte mehr Arbeit darauf verwendet werden, dieses auch herauszuarbeiten, anstatt einfach darauf hinauszukommen, was ohnehin zum Kern des bürgerlichen Bewusstseins gehört: eine moralisch integre Position einzunehmen, um dann dem vermeintlich differenzierteren Standpunkt höhere Geltung zu verschaffen.

Dass es vor allem um eine moralische Position geht, legt auch Folgendes nahe: „Gegen die antisemitische Entmenschlichung von Jüdinnen:Juden wie auch gegen die rassistische Entmenschlichung von Palästinenser:innen und den falschen Widerspruch des Kampfs gegen Antisemitismus und gegen Rassismus treten wir ein für eine Linke mit dem Ziel universeller Befreiung“. Werden auf der einen Seite also die „Juden:Jüdinnen“ entmenschlicht, auf der anderen Seite „Palästinenser:innen“, die einen wegen Antisemitismus

und die anderen wegen Rassismus, soll eine radikale Linke den falschen Widerspruch eines Kampfes gegen Rassismus und Antisemitismus aufgeben und für die universelle Befreiung kämpfen. Mag es auch sein, dass sich aktuell ein falscher Widerspruch im Kampf gegen Rassismus einerseits und im Kampf gegen Antisemitismus andererseits entfaltet hat: er ist aber nunmal da und er geht auch nicht weg, wenn wir festhalten, dass doch am Ende alle Menschen sind, die nicht entmenschlicht werden sollen. Das Problem ist doch: sie werden aber entmenschlicht und diese Entmenschlichung festigt sich, wenn man von Juden einerseits, Palästinensern andererseits spricht. Ein Mensch wird nicht dadurch zum Menschen, weil man ihm das Etikett seiner Gattung anhaftet, das ist noch zu keiner Zeit ein Schutz gegen die Grausamkeit gewesen, sondern da, wo er als sich entfaltendes Wesen und Bewusstsein erfasst wird. Da, wo er Vertreter eines bestimmten Typus von Mensch ist, ist er keiner; er ist dann bloß vordergründig individualisierte Hülle eines abstrakten Konstrukts, das fälschlicherweise als konkretes wahres Sein behauptet wird.

4. Das Haus des Wahns ist für alle gleichermaßen geöffnet

Der Wahn, der sich gerade überall entfaltet, ist nicht an den Antisemitismus geknüpft. Wie er sich ausgestaltet, liegt weniger am individuellen Vermögen des Einzelnen, sondern an den Verhältnissen selbst; der Wahn der Verhältnisse prägt sich als Wahn dem Bewusstsein auf. Der frühere Antisemitismus kam von der Erfahrung her, nichts zu haben und gleichzeitig zu sehen, dass es alles gibt, aus dem Hass auf die Versagung des Begehrten wie auf das Begehrte selbst. Dass es die Juden traf hatte seine historische Gründe; schuldlos waren sie an den Verhältnissen wie alle anderen und schuldlos waren sie daran, dass ihre Häscher sie in die industriellen Menschenvernichtungsöfen zerrten, aus denen sie nur noch als Rauch herauskamen.

Bisweilen werden Gründe angegeben dafür, warum die Deutschen sich am Betrieb der Todesfabriken beteiligten: sie hätten sich am Hab und Gut der Juden bereichern wollen. Nachträglich wird versucht, dem wahnhaften Handeln einen Sinn zu geben, ein rationales Motiv, um so der Furcht vor dem Wahn zu entkommen und die Deutschen zu entlasten, ihr industrielles Morden zu dem zu machen, was schon im-

mer verständlich war, dem Morden für den persönlichen Profit. Müßig ist es, dies für das Ausmaß der Shoah zu widerlegen, markiert doch das Ansinnen schon das irrationale und falsche Verhältnis, in dem sich die Welt noch immer befindet: dass ein Menschenleben weniger Wert ist als ein Ding und das, obwohl mehr Dinge existieren, als überhaupt gebraucht werden. Das Leben eines Menschen steht im Wert unter dem der Dinge und es ist dieser Umstand, der sich als Wahn im Bewusstsein heute entfaltet: dass es nicht zu viele Dinge gibt, sondern zu viele Menschen. In diesem Gedanken steckt bereits der Schritt zur Massenvernichtung; nach dieser soll dann der Zustand eintreten, der jetzt schon ist: dass es für alle reicht. Dies ist bereits der „offene Wahn“, von dem die Verfasser:innen des Textes sprechen, dass er erst im Antisemitismus hervorkommen würde. Tatsache aber ist, dass er schon jetzt offen zutage tritt. Es ist vollkommen richtig, dass eine radikale Linke sich nicht am Diskurs der Schuld beteiligen darf. Dieser ist immer schon zugleich der Diskurs darüber, wer im Kampf um den Fetisch auf dem Opferaltar landen soll. Falsch aber ist es, in vermeintlich kritischer Distanz den wahren Kern in den jeweiligen Positionen herausgreifen zu wollen. Vielmehr sind vermeintlich kritische Positionen als Ideologie zu entlarven und dies nicht von außen,

sondern von innen heraus. Die Ideologie versteht nur, wer sich ihr überlässt, ihre Ziele und Absichten versteht und eben versteht, auf welche Weise der wahnhaftige Zustand der Welt in eine rationale Ordnung gebracht werden soll. Darum muss es gehen, diese Ordnung als Unwahr zu entlarven, nicht darum, seine eigene Ordnung umzusetzen. Der Kampf gegen die anderen muss um sie und nicht um sich geführt werden.

